

# Bischof fordert menschlichen Umgang mit Abgeschobenen

In Thüringen wächst der politische Druck, mehr abgelehnte Asylbewerber abzuschieben.

Auch die katholische Kirche ist nicht grundsätzlich gegen Abschiebungen, fordert dabei aber mehr Mitmenschlichkeit.

**Erfurt** – Erfurts katholischer Bischof Ulrich Neymeyr hat zu einem menschlichen Umgang mit abgeschobenen Flüchtlingen aufgerufen. „Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie es zu Hause mit ihnen weitergeht“, schrieb der Bischof in einem am Freitag veröffentlichten Hirtenbrief zur Fastenzeit. Er soll an diesem Sonntag in allen Kirchengemeinden des Bistums verlesen werden. Darin erinnert Neymeyr an Asylbewerber, die Deutschland verlassen müssen, weil ihnen in ihrer Heimat keine Gefahr für Leib und Leben drohe. Dies seien Menschen, „mit denen menschlich umgegangen werden muss“.

Nach offiziellen Zahlen kamen in diesem Jahr bis Anfang Februar 2440 Flüchtlinge nach Thüringen. Im gleichen Zeitraum seien 36 abgeschoben worden, 141 kehrten freiwillig in ihre Herkunftsländer zurück, berichtete die *Thüringer Allgemeine*. Nach einer Auflistung des Bundesinnenministeriums hätten im vergangenen Jahr andere Länder wie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt im Vergleich zu Thüringen mehr als doppelt so viele Flüchtlinge abgeschoben.

„Vielen Menschen in Thüringen ist es wichtig, dass auch die Flüchtlinge nicht als Strom, Welle oder Masse beschrieben und

behandelt werden, sondern als Menschen, die sich aus Not auf die Flucht begeben haben“, unterstrich der Bischof in seinem Hirtenbrief.

Demgegenüber kritisierte Unions-Fraktionschef Volker Kauder die Zahl der Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber als zu niedrig. „Insbesondere die von SPD und Grünen geführten Bundesländer müssen ihre Anstrengungen nach den jüngsten Statistiken erheblich verstärken, Ausländer ohne Bleiberecht mit aller Konsequenz abzuschieben“, sagte Kauder der *Rheinischen Post*. Zur Begrenzung der Zahl der Flüchtlinge gehöre es zwingend, dass diejenigen, denen ein Recht auf einen Aufenthalt rechtskräftig versagt wurde, das Land auch zu verlassen hätten.

Unterdessen appellierte der Flüchtlingsrat Thüringen an die Politik, Abschiebungen nach Afghanistan nicht zu unterstützen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte noch für Februar eine strengere Regelung und Sammelabschiebungen angekündigt und die Bundesländer um Unterstützung gebeten. Nach Ansicht des Flüchtlingsrates wären Abgeschobene in Afghanistan „an Leib und Leben bedroht“.

Mit Blick auf die Christenverfolgung in islamisch und kommunistisch geprägten Ländern rief Bischof Neymeyr auf: „Wer menschlich ist, wer den Menschen sieht, sieht auch unmenschliche Strukturen und kann sich nicht aus der Politik heraushalten.“ Deutschland müsse sich fragen, ob es sich entschieden genug für die Rechte verfolgter Christen einsetze. „Der Einsatz für ihre Freiheit darf nicht politischen oder wirtschaftlichen Interessen zum Opfer fallen.“